

Interpellation Baumgartner-Flawil / Hartmann-Flawil / Baumann-Flawil vom 18. Februar 2019

Ursachen der massiven Verzögerungen rasch angehen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 14. Mai 2019

Daniel Baumgartner-Flawil, Peter Hartmann-Flawil und Erich Baumann-Flawil erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 18. Februar 2019 nach den Problemen, die eine ordentliche Bearbeitung von Einsprachen gegen Kantonsstrassenprojekte verhinderten, was das zuständige Departement zur raschen Behebung des unhaltbaren Zustands vorsehe, ob das Kantonsstrassenprojekt in der Gemeinde Flawil ein Einzelfall sei oder die gleichen Probleme auch für Projekte in weiteren Gemeinden gelten würden und wie der Vertrauensverlust der Bevölkerung in den Rechtsstaat als Folge der massiven Verzögerungen eingeschätzt werde.

Die Regierung beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

- 1./2. Das Kantonsstrassenprojekt «Strassenraumgestaltung Wiler-/St.Gallerstrasse, Abschnitt Isnypplatz bis Landbergstrasse» lag vom 7. Juni bis 6. Juli 2017 im Gemeindehaus Flawil auf. Innert der Auflagefrist wurden 34 Einsprachen eingereicht. Während mehrerer Tage fanden im Dezember 2017 vor Ort die Einspracheverhandlungen zu allen 34 Einsprachen statt. Mit Blick auf die beengten Situationen im innerstädtischen Bereich von Flawil wurde innerhalb des Tiefbauamtes eine besondere Einsprachebehandlung festgelegt, und zwar mit einer gemeinsamen Beteiligung sowohl vom Rechtsdienst als auch von der Dienststelle Grundstücksgeschäfte.

Nach den Einsprachebestätigungen und weiteren einzelnen Einsprachenverhandlungen kam es bei der weiteren Verfahrensabwicklung zu massiven Verzögerungen. Dementsprechend konnten bis heute lediglich 10 Einsprachen abgeschlossen werden, die allesamt auf einvernehmlichen Regelungen beruhten. Diese schleppende Verfahrensabwicklung ist aus Sicht der Regierung unerfreulich. Dies umso mehr, als auch verschiedene andere Einsprachen gegen Kantonsstrassenprojekte von Verfahrensverzögerungen betroffen sind. Diese Verzögerungen basieren im Wesentlichen auf Ressourcenengpässen im Rechtsdienst des Tiefbauamtes wie auch in der Dienststelle Grundstücksgeschäfte. Die massiven Verzögerungen beim Einspracheverfahren zum genannten Strassenraumprojekt in Flawil wurden darüber hinaus auch durch Abstimmungsprobleme innerhalb des Tiefbauamtes bedingt durch die besondere Herangehensweise verursacht.

3. Das Tiefbauamt ist in enger Abstimmung mit der Departementsleitung bestrebt, die aktuell unbefriedigende Situation schnellstmöglich mit organisatorischen Massnahmen zu verbessern. Unter anderem wurde im Rechtsdienst des Tiefbauamtes zur Bewältigung der aufgestauten und anstehenden Rechtsmittel eine zusätzliche Juristenstelle ausgeschrieben. In der Dienststelle Grundstücksgeschäfte wurden zum Vorantreiben der schleppenden Einspracheverfahren zum Strassenraumprojekt in Flawil die projektspezifisch verfügbaren Ressourcen gezielt erhöht.
4. Für die Regierung ist es mit Blick auf das Vertrauen in den Rechtsstaat von grösster Bedeutung, dass die Behandlung von Gesuchen und Rechtsmitteln effizient und effektiv erfolgt. Die Regierung ist überzeugt, dass mit den eingeleiteten Massnahmen dies auch bei den Einspracheverfahren gegen Kantonsstrassenprojekte in absehbarer Zukunft wieder der Fall sein wird.